

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian Ritter**, Dr. Thomas Beyer, Susann Biedefeld, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Reinhold Perlak, Karin Pranghofer, Reinhold Strobl, Dr. Simone Strohmayer, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Christa Steiger, Diana Stachowitz, Kathrin Sonnenholzner, Christa Naaß, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohlen und **Fraktion (SPD)**

### **Verantwortung für die Menschen wahrnehmen – Altenpflegeausbildung zukunftssicher gestalten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Planung der Vorlage zum Doppelhaushalt 2011/2012 die vorgenommenen Kürzungen im Bereich der Altenpflegeschulen nicht fortzuschreiben.

Vielmehr sind in den Verhandlungen mit den zuständigen Fachministerien Mittel in einem Umfang einzuplanen, damit das politische Ziel, die Zahl der Auszubildenden in den nächsten Jahren deutlich zu erhöhen, auch im Ansatz des Haushaltstitels berücksichtigt wird;

- die von Staatsministerin Haderthauer getätigte Zusage, der Gesamtumfang der Mittel würde nicht abgesenkt, eingehalten werden kann;
- damit dem Runden Tisch zur Überarbeitung der Förderungsstrukturen tatsächliche Gestaltungsmöglichkeiten verbleiben;
- eine kostendeckende Förderung der Ausbildung auch bei steigenden Schülerzahlen sichergestellt werden kann.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, die Haushaltssperre im Kap. 05 04 Tit. 684 16 des Haushalts 2010 aufzuheben und die frei werdenden Gelder zweckentsprechend zu verwenden.

### **Begründung:**

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit am 2. Dezember 2010 wurde von Vertretern des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus mitgeteilt, dass in den Vorverhandlungen über den Doppelhaushalt 2011/2012 das Staatsministerium der Finanzen beabsichtigt, den Schulgeldausgleich deutlich auf 6,6 Mio. Euro zu kürzen. Im Doppelhaushalt 2009/2010 waren noch 12 Mio. (nach Haushaltssperre 10,8 Mio.) eingestellt. Mit Beginn des Schuljahres 2010/11 wurden vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus die Zuwendungen pro Schüler von 200 Euro pro Monat auf 100 Euro pro Monat gekürzt. Dies wurde mit steigenden Schülerzahlen, u.a. hervorgerufen durch das Projekt „Herzwerker“, begründet. Dabei wurde immer darauf hingewiesen, dass auch weiterhin von gleichbleibenden Gesamtmitteln ausgegangen werden kann.

Mit dem Angebot von 6,6 Mio. Euro für den Schulgeldausgleich schreibt das Staatsministerium der Finanzen die Kürzungen für die nächsten zwei Jahre fort. Es geht dabei von gleichbleibenden – nicht etwa steigenden – Schülerzahlen aus, obwohl die Steigerung der Schülerzahlen zum erklärten Ziel der Staatsregierung gehört. „Herzwerker“ ist ein Gemeinschaftsprojekt von Staatsregierung und Verbänden.

Nach den Kürzungen und der folgenden Debatte richtete das Staatsministerium für Unterricht und Kultus einen Runden Tisch mit den Verbänden ein, der die bestehende Förderungsstruktur überprüfen und ggf. modernisieren soll. Mit der vom Staatsministerium der Finanzen beabsichtigten Ausstattung des Schulgeldausgleichs wird nun jedes Bemühen des „Runden Tisches“ zur Makulatur.

Darüber hinaus sind zur Sicherstellung einer kostendeckenden Ausbildung die Kürzungen im Jahr 2010 zurückzunehmen. Aus diesem Grund ist die auf dem Haushaltstitel liegende Ausgaben-sperre von 10 Prozent aufzuheben.